De poena post mortem.

Von Freiherr L. v. Borch.

Das Corpus juris civilis IV, p. 937 weist als die einzige Ausnahme von dem römischen Grundsatz — *extinguitur crimen mortalitate* — nach: Wenn jemand des Hochverrats angeschuldigt, durch seine Nachfolger von dem Verbrechen (nach der *lex Julia* wegen wirklich feindlicher Gesinnung gegen Verfassung oder Kaiser) nicht gereinigt wird. Und dann gibt der Codex Justinianus (lib. IX, tit. 8, c. 5) bekanntlich die Strafen, nach dem Gesetz von 397, für die Kinder an.

Ganz gewöhnlich aber war die Übertragung der Strafbarkeit nach deutschem Recht.

Schon der fränkische König Guntchram (seit 561) schwor nach Gregor von Tours (*historia Francorum*, lib. VII, c. 21): das Haus eines Empörers bis in das neunte Glied zu vertilgen, damit der Gewohnheit, die Könige umzubringen, ein Ende gemacht werde.

Aus späterer Zeit will ich nur auf die Reichsregesten von Böhmer-Fider verweisen, wo z. B. der Papst die Königswahl Philipps von Schwaben hauptsächlich auch wegen der Vergehen seiner Verwandten (Heinrich VI. und Friedrich I.) nicht zulassen will, und wo Friedrich II. die Söhne des Heinrich von Ravensburg (Mörder des Kanzlers Konrad und Bischof von Würzburg), welche wegen des Verbrechens ihrer Eltern von der Erbfolge in Lehen und Eigen ausgeschlossen waren, durch Ausspruch der Fürsten in den Besitz der Erbgüter — also wohl nicht der Lehen — 1234 wieder einsetzt.

In der ältesten deutschen Handschrift der goldenen Bulle (Kap. XXIV) sagt Karl IV. von den Verschwörern gegen das Leben der Kurfürsten, daß sie nach dem Rechte zu behandeln seien, wie „ein schuldig man der Allmächtigkeit“, und dann fährt er fort: „Sin tint dem wir von kaiserliche genade vorlihen das leben, sie soltent mit vetterlicher pine sterben das bilde vetterlicher erb-funde halt an in mit grimmerpine gemessen werden.“ Und dann setzt der Kaiser an Stelle der Todesstrafe für die Kinder Vermögensstrafen ein.

Auch die freie Selbstbestimmung war nicht immer gestattet, denn die Bambergensis bedroht bekanntlich denjenigen mit Verlust des Vermögens, der sich tötet, um sich einer Strafe zu entziehen, was die Carolina dahin milderte: daß die Einziehung nur dann stattfinden sollte, wenn der Schuldige mit Tod und Güterverlust doch bestraft worden wäre.

Am härtesten aber traf das Germanische Recht der Mitschuld wohl die unehelichen Kinder, welche viele Jahrhunderte ganz schutzlos blieben, und denen in Österreich erst unter Josef II. und in Preußen durch das Edikt von 1765 die bürgerlichen Ehrenrechte verliehen wurden.

Längst ist man in der neuern Gesetzgebung zu dem römischen Grundsatz, „mit dem Tod erlischt das Verbrechen“ zurückgekehrt, was im Reich sogar auf Geldstrafen Anwendung hat, nicht aber in Österreich; denn wie mir gütigst gleichzeitig von zwei Seiten¹⁾ mitgeteilt wird, gehen dort — ich denke mit Recht — alle sowohl im allgemeinen Strafgesetz als in den andern Gesetzen (im Mil.-Str.G. auch § 129) ausgesprochenen Geld- wie Vermögensstrafen (ferner diejenigen des Verfalles von Rationen, Waren, Feilschaften usw.), wozu jemand durch Erkenntnis verurteilt ist, wenn der Tod des Schuldigen erst nach eingetretener Rechtskraft erfolgt, auf die Erben über, laut minist. Verfügung vom 3. April 1859 Nr. 52 R.G.B. Ebenso natürlich auch die Verpflichtung zum Ersatz des Strafverfahrens (§ 389 bürgerl. Strafprozeß-Ordnung).

Nach dem juristischen Litteraturblatt vom 1. Dez. 1893 S. 191 wollen aber die neuen Strafgesetzentwürfe für die Schweiz und Österreich die Beitreibung von Geldstrafen nach dem Tode des Ver-

¹⁾ Durch Dr. E. F. Weisl in Wien und Universitätsquästor H. Berreitter in Innsbruck.

urteilten nicht mehr zulassen, und damit dürfte dann wohl die letzte Erinnerung an den altgermanischen Grundsatz „von der Übertragung der Schuld auf die Nachkommen“ aus den Gesetzbüchern verschwinden!

Wird man aber durch immer weitergehende Verminderung der Strafen das Rechtsbewußtsein wirklich bessern? Schwerlich sind jemals, wie kürzlich: weit über 600 Kinder unter 14 Jahren im Reiche steckbrieflich — wegen Verbrechen verfolgt worden!